

IV. Reden anlässlich der Verleihung des Karl-Barth-Preises

WOLFGANG HUBER

Laudatio für Johannes Rau

Sehr verehrter Herr Bundespräsident, lieber Johannes Rau,
sehr verehrte Frau Rau,
verehrte Anwesende!

I.

Als die Räte der Evangelischen Kirche der Union vor gut 20 Jahren, anlässlich des 100. Geburtstages von Karl Barth, den Preis stifteten, der heute Johannes Rau als elftem Preisträger verliehen wird, nahmen sie inhaltlich weniger auf die Person und Theologie Karl Barths im Ganzen Bezug. Es ging ihnen mehr um die Barmer Theologische Erklärung von 1934, die, wie man weiß, nicht nur maßgeblich von Karl Barth geprägt, sondern zu neunzig Prozent von ihm formuliert wurde.

Die damals in zwei Bereiche gegliederte *eine* Evangelische Kirche der Union hielt sich eben nicht nur an einen Lehrer der Kirche, und sei er noch so herausragend. Sie achtete vielmehr auf die Bekenntnisse und Zeugnisse der Kirche. Der Karl-Barth-Preis wurde in einer Zeit ins Leben gerufen, die in der Evangelischen Kirche der Union durch eine intensive und kontinuierliche Arbeit zur aktuellen Bedeutung der Barmer Theologischen Erklärung geprägt war. Der Jury für den Karl-Barth-Preis wurde damals der Auftrag gegeben, Personen zu küren, deren „Sagen und Bewegen“, um eine schöne von Ihnen geprägte Wendung aufzunehmen, in markanter Weise in der Tradition der Barmer Theologischen Erklärung steht.

Ein zentraler Ort und Motor solchen „Sagens und Bewegens“ ist zweifellos die theologische Wissenschaft. Ähnliches gilt für das Leitungsamt der Kirche. Das hat in einer ganzen Reihe von Preisverleihungen seinen Ausdruck gefunden. Aber es kann eben auch die Jurisprudenz sein, wie der zweite Karl-Barth-Preisträger, Helmut Simon, zeigt. Und das „Sagen und Bewegen“ ist auch Aufgabe eines Journalisten. Deshalb wurde vor sieben Jahren Reinhard Henkys, von dem wir kürzlich Abschied nehmen mussten, ausgezeichnet.

II.

Mit Ihnen, lieber Johannes Rau, wird nun das Lebenswerk eines Politikers mit dem Karl-Barth-Preis geehrt. Das ist ungewöhnlich. Und doch gibt es kaum einen geeigneteren Preisträger als Sie. Auf Sie passt dieser Preis nicht nur wegen seines Bezugs auf Karl Barth, sondern auch wegen seines Bezugs auf Barmen. In beiden Hinsichten ist die Begründung denkbar elementar. Als ein in Wuppertal-Barmen Geborener sind Sie sozusagen eine *anima naturaliter barmensis*, um ein Wort des Kirchenvaters Tertullian abzuwandeln, der von der *anima naturaliter christiana* zu reden liebte. Und was Karl Barth betrifft, muss ich an das Zeugnis einer Theologin denken, die unter den Bedingungen der DDR zu einer Ausgabe von Karl Barths Kirchlicher Dogmatik aus eigener Kraft nicht kommen konnte. Sie haben ihr damals ein Exemplar des „weißen Elefanten“ geschenkt, wie man die dreizehn weißen Bände von Barths Hauptwerk gern nennt. Und dabei stellte diese Theologin fest, dass sie bis dahin noch keinem Zunftgenossen begegnet war, der Karl Barths Hauptwerk so gut kannte wie Sie.

Mit Karl Barth haben Sie sich zum Theologen gebildet, ohne dafür Theologie studieren zu müssen. Schon im Alter von 23 Jahren haben Sie bekannt, Theologie sei Ihr Hobby. Und Sie haben damals Ihre jugendliche Behauptung, Sie seien kein guter Theologe, damit begründet, dass Sie es sich leisten könnten, Karl Barth, Theodor Bovet und Emil Brunner „hübsch nebeneinander“ stehen zu haben.

Dazu, in die Nähe Karl Barths und der Barmer Theologischen Erklärung zu kommen, reichte der Geburtsort gewiss nicht aus. Dazu bedurfte es vielmehr der Atmosphäre Ihres Elternhauses wie des Pfarrhauses der Bekennenden Kirche in Barmen-Gemarke, die den christlichen Glauben und seine Bewährung im Gegensatz zum Ungeist des Nationalsozialismus zu einer entscheidenden Morgengabe Ihres Lebens gemacht haben.

Was Sie diesen beiden Quellen Ihres „Sagens und Bewegens“ verdanken, haben Sie in anrührender Weise durch die liebevollen Porträts Ihres Vaters, des Evangelisten und Predigers Ewald Rau, und Ihres Gemeindepfarrers Karl Immer dargestellt. Der Klarheit halber auch hier: Pfarrer war Ihr Vater nicht, wie Sie ausgerechnet in einem Band über „Pfarrerskinder“ klarstellen mussten.

Aus Liebe zum Lesen sind Sie Buchhändler geworden, haben Sie einmal bekannt – und das für einen Irrtum erklärt; denn in diesem Beruf habe man keine Zeit mehr zum Lesen. Trotzdem haben Sie mehr gelesen als andere, die eigentlich dafür Zeit haben müssten. Und besser geschrieben als viele, die Bücher schreiben. Stets hätten Sie sich als Journalist von der Politik befreien können. Aber Sie gingen in die Politik und blieben in ihr – mit der durch Karl Barth und Barmen inspirierten Verheißung, die ich selbst – zum Ärger anderer – einmal so formulierte, dass mit Ihnen etwas vom Geist der Bergpredigt in der deutschen Politik gegenwärtig sei. Das war, um es für die Chronisten hinzuzufügen, 1987.

III.

Aber wie kam es dazu? Ihr Weg in die Politik wurde durch die Begegnung mit Gustav Heinemann geprägt. Ich vergesse nie, wie Sie das vor einem erstaunten Publikum im Festsaal der Heidelberger Universität erzählten. Mit NRW-Fähnchen war ein Teil des Publikums in diese Veranstaltung gekommen, zu der ich Sie nach Heidelberg eingeladen hatte. Und dann hörten diese NRW-Patrioten plötzlich von einem Pfingsterlebnis, nämlich von Ihrer Begegnung mit Gustav Heinemann am zweiten Pfingsttag des Jahres 1950 in Marburg. „Wer nicht handelt, wird behandelt“ hieß der schlichte Satz, mit dem Heinemann zur politischen Mitverantwortung ermutigte. Der Satz hat sich in Ihrer Biographie mehr als ein halbes Jahrhundert lang bewährt. In Gustav Heinemann klang wieder durch, was Sie schon von zu Hause mitbrachten, der Geist von Barmen: die Einheit von Zupspruch und Anspruch Gottes in seinem Wort und so im christlichen Leben, die Vorstellung von der gemeinsamen Verantwortung der Regierenden und der Regierten für einen Staat, dessen Bestimmung darin liegt, für Recht und Frieden zu sorgen

IV.

Sie, lieber Johannes Rau, haben sich in Ihren politischen Grundentscheidungen, in ihrem „Sagen und Bewegen“ direkt oder indirekt von dieser Grundentscheidung der Kirche leiten lassen. Das hat sich auch in der Treue gezeigt, in der Sie Leitungsverantwortung für Ihre rheinische Kirche oder auch für den Deutschen Evangelischen Kirchentag wahrgenommen haben. Das hat aber auch über die Jahrzehnte hin Ihr Wirken als Abgeordneter, Minister und Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen bis zu Ihrer Zeit als Bundespräsident geprägt. Ein paar Belege müssen genügen.

Zunächst zeigt sich der Geist von Barmen – ich stelle das mit Absicht an die Spitze – in Ihrem immer wieder ausgesprochenen Bekenntnis zum säkularen Staat. Ob Sie in China gegenüber dem weltanschaulich nach wie vor atheistischen Staat die Einhaltung der Menschenrechte fordern, ob Sie in Nigeria die Reform der Justiz und damit die Außerkraftsetzung der Scharia anmahnen oder ob Sie zum 275. Geburtstag von Gotthold Ephraim Lessing die Partnerschaft zwischen Staat und Kirche gegenüber dem laizistischen Modell der negativen weltanschaulichen Neutralität des Staates befürworten: immer ist der Geist von Barmen zu spüren. Immer klingt das Bekenntnis von Barmen V mit, wonach „der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens“, also ganz und gar säkular, „für Recht und Frieden zu sorgen“.

Sie haben zugleich – mit Worten Hannah Arendts, aber durchaus im Geist von Barmen – „Politik“ als „angewandte Liebe zur Welt“ definiert und dabei immer wieder Grundworte der 5. Barmer These konkretisiert und aktualisiert.

Ein solches Grundwort ist zweifellos das der Verantwortung von Regierenden und Regierten. Mit dieser Formulierung wird das demokratische Prinzip in der Barmer Theologischen Erklärung verankert. Meist wird in der Auslegung allein die Verantwortung der Regierenden betont. So richtig daran das Insistieren auf den Zuständigkeiten eines sozial verantwortlichen Staates ist, so nahe liegt dabei doch auch die Tendenz zum „fürsorglichen Staat“. Der emanzipatorische Zug der Barmer Theologischen Erklärung aber ist darin zu sehen, dass die Verantwortung der Regierten, also der allen Bürgerinnen und Bürgern gemeinsame „Beruf zur Politik“ hervorgehoben wird.

Doch darauf müssen die Menschen vorbereitet werden. Das erfordert Bildung – eine Bildung, deren Subjekt derjenige selbst ist, der in einem früheren Verständnis nur als der zu Bildende angesehen wurde. Bildung als ein ganzheitliches Geschehen war immer ein Kern Ihres politischen Engagements. Bildung ist dabei mehr als nur der Erwerb von Fertigkeiten oder die Anhäufung von Wissen. Sie ist, wie es eine Studie der ECU zum Bildungsverständnis formuliert hat, die Befähigung zur „innengeleiteten Lebensführung“, Gerade so ist sie eine unerlässliche Voraussetzung für die Mündigkeit des verantwortlichen Bürgers.

Eine „außengeleitete Lebensführung“ glaubt, dass Wohlstand als solcher Sinn stiftet. Eine „innengeleitete Lebensführung“ weiß, dass unser Sorgen um Essen oder Kleidung nicht den Sinn unseres Lebens bestimmt. „All eure Sorge werfet auf ihn; denn er sorgt für euch.“ Das ist der Grundton des Sonntags, von dem wir in dieser Woche herkommen. Dass dies als Grundton politischer Verantwortung erklingen würde, haben manche nicht für möglich gehalten. Wie wichtig es ist, zeigt sich gerade in diesen Tagen.

In diesen Wahlkampf Tagen werben Politiker um Vertrauen, die keine Verteilung von Zuwächsen versprechen können. Vielmehr müssen sie versprechen, dass sie einer Lage gerecht werden, die durch neun Billionen Staatsverschuldung, durch fünf Millionen Arbeitslose und durch einen dramatischen Alterswandel der Gesellschaft bestimmt ist. Eine Antwort darauf ist überhaupt nur möglich, wenn ein Lebensentwurf wieder Raum erhält, der Würde und Wert, Sinn und Preis zu unterscheiden vermag. Sie, lieber Johannes Rau, haben solche Unterschiede immer wieder eingeschärft. Das ist Barmen ganz praktisch.

V.

Wer Johannes Rau ehrt, darf das Stichwort der Versöhnung nicht übergehen. „Versöhnen statt Spalten“ – einen solchen Slogan hätte und hat in der deutschen Politik sonst niemand gewagt. Aber in Ihren Reden wird das Wort „Versöhnung“, wenn ich recht sehe, eher verhalten verwendet. Selbst in Ihrer berühmten Ansprache am 16. Februar 2000 vor der Knesset in Jerusalem sucht man dieses Wort vergebens. Das hängt mit Ihrer sprachlichen Sensibilität zusammen. Entschiedenheit in der Sache wird dadurch nicht ausgeschlossen.

Auf dem Tempelplatz in Jerusalem hat unser zweitältester Sohn Sie getroffen. Sie haben es nie vergessen und mich immer wieder nach ihm gefragt. Sie in

Jerusalem zu treffen, war nicht so schwer. Denn Sie sind ein unermüdlicher Brückenbauer zwischen Christen und Juden, zwischen Deutschland und Israel. Schon deshalb geziemt es sich, Sie mit dem Karl-Barth-Preis auszuzeichnen. Denn Karl Barth hat die christliche Israel-Theologie erneuert wie kein zweiter.

In Ihrer berühmten Rede vor der Knesset, der ersten Rede, die dort auf Deutsch gehalten wurde, haben Sie gewiss in jedem Wort die Versöhnung als Ziel vor Augen gehabt. Aber angesichts der schuldbeladenen deutschen Geschichte haben Sie bescheiden von der Verantwortung gesprochen, die mit der Erziehung in den Schulen und der Verstärkung des Austauschs von jungen Menschen beginnt und sich fortsetzt in der Einrichtung und Pflege von Stätten des Gedenkens, die das Grauen und die Schuld in Erinnerung halten. Ein solcher Versöhnungsdienst ist die Voraussetzung dafür, dass wir Israel dazu mahnen können, seine Verantwortung für den Frieden im Nahen Osten wahrzunehmen. Ein Dienst an diesem Frieden könnte der kritische Dialog mit dem Staat Israel über den „säkularen Staat“ und dessen entscheidende Voraussetzung sein – in diesem Fall die wechselseitige Unabhängigkeit von Staat und Synagoge.

Ein anderer Schwerpunkt Ihres Wirkens ist das Verhältnis Deutschlands zu seinen europäischen Nachbarn, vor allem zu denen im Osten. Ich habe darin immer eine Auswirkung der Ostdenkschrift der EKD in der praktischen Politik gesehen – jener Denkschrift, deren Veröffentlichung sich am 1. Oktober dieses Jahres zum vierzigsten Mal jährt. Sie waren und sind ein listenreicher und gewinnender Brückenbauer zwischen Ost und West; ganz besonders war das in der Zeit der deutschen Teilung der Fall. Sie hielten freundschaftliche Verbindungen innerhalb und außerhalb der Kirchen, einschließlich der Bereiche der einen EKD und ihrer Kanzleien hier und in der Auguststraße, was bekanntlich zu dem einen und anderen Missverständnis geführt hat.

VI.

Zum Schluss will ich auf den Anfang und die Mitte der Barmer Theologischen Erklärung zurückkommen. In Ihrer Rede über „Die Religionsfreiheit heute – zum Verhältnis von Staat und Religion in Deutschland“ beim Festakt zum 275. Geburtstag von Gotthold Ephraim Lessing haben Sie das deutsche Modell der wechselseitigen und partnerschaftlichen Unabhängigkeit von Staat und Kirche nicht nur für das Verhältnis des Staates zu den christlichen Konfessionen, sondern auch zu Juden und Muslimen zur Geltung gebracht.

Bei dieser Gelegenheit haben Sie zugleich bekannt: „Ich selber schöpfe Zuversicht und Kraft aus dem christlichen Glauben, der mir Trost und Hoffnung ist im Leben und im Sterben“. Damit haben Sie als reformiert geprägter Christ ganz bewusst den Heidelberger Katechismus ins Spiel gebracht. Der reformierte Einfluss auf die Barmer Theologische Erklärung, insbesondere ihre 1. These, klang dabei an. In einem Staat, der, wie Sie sagen, kein religionsfreier Staat ist, sondern der die Religionsfreiheit aller schützt, haben Sie so zurückhaltend, aber deutlich, dem Gedanken gewehrt, man könne die Religion zur Privatsache erklären. Der Glaube

bleibt eine öffentliche Angelegenheit. Deshalb mischen Sie sich selbst als Christ ein, handeln, um nicht behandelt zu werden. Darin sind Sie ein Vorbild für viele. Sie ermutigen uns, das Unsere zu sagen im Gespräch unserer Zeit. Dabei wissen wir alle, dass die Einmischung der Christen auch denen verständlich zu machen ist, die anderen Glaubens oder auch, wie sie meinen, ohne Glauben sind. Diese Verbindung von Respekt vor den Überzeugungen anderer und Klarheit in der eigenen Überzeugung haben Sie in vielfältigen Formen und bei vielfältigen Anlässen deutlich gemacht.

Dabei kommt Ihnen die Gabe der Unterscheidung der Geister ebenso zu Gute wie die Gabe der Freundlichkeit. Deshalb werden auch Ihre kritischen Überlegungen mehr gehört als bei anderen, Ihre Kritik etwa am Ungeist des religiösen Fundamentalismus oder an den Grenzüberschreitungen der Wissenschaft, zumal der Genforschung. Weil Sie die Chancen der Globalisierung beschreiben, wird Ihre Kritik an einer politischen Lage umso unwiderstehlicher, in der die Konzerne und die Großfinanz das Sagen haben. Wenn Sie in einfachen Worten zum Vertrauen in Deutschland ermutigen, bemerkt man umso nachdenklicher, was solchem Vertrauen den Boden entzieht. Die Barmer Theologische Erklärung beruft sich auf das Wort, durch das Gott alle Dinge trägt. Dem entspricht auf der Seite des Menschen die Fähigkeit zum Vertrauen stiftenden, Grenzen anzeigenden und die Kritik nicht scheuenden Wort. Es ist Regierenden wie Regierten anvertraut.

Ihre Worte sind aber noch in einem anderen Sinne von dem Wort geprägt, durch das Gott alle Dinge trägt. Ähnlich wie Jesus durch Bildworte und Gleichnisse redete, vermögen Sie sich kurz, präzise und bildhaft zu äußern. Ihre Liebe zur Anekdote steht dem nahe, was die historische Erforschung der Bibel das Apophthegma nennt, die kurze Szene mit klarer sprachlicher Pointe. Dabei wurde Ihnen die Chuzpe zum Vorbild, mit der einst Karl Immer auf den deutschen Gruß reagierte oder Karl Barth sein Verhältnis zu Paul Althaus charakterisierte. Auf das provozierende „Heil Hitler, Herr Pastor!“ der Hitler-Jungen zog Karl Immer seinen schwarzen Hut und grüßte freundlich zurück: „Immer“. Und Karl Barth sagte über den Kontrahenten Paul Althaus: „Er wohnt in der Bismarckstraße, ich wohne im Pilgrimsweg“.

Ich weiß: Alle warten darauf, dass Sie selbst solche Anekdoten erzählen. Rau setzt Pointen, sagen manche. Doch es handelt sich nicht um Spitzen, die verletzen. Auch seine Pointen noch dienen dem Verstehen. Selbst das Gelächter sagt Nein zu den Kräften, die den Frieden zerstören. Noch im Witz erklingt das Ja zu allem, was Versöhnung stiftet.

Eine Kraft der Versöhnung ist das Reden und Wirken, das Sagen und Bewegen von Johannes Rau. Bald offen, bald verborgen steht es in der Tradition der Barmer Theologischen Erklärung. Er ist eben eine anima naturaliter barmensis.

Wie gut, dass es den Karl-Barth-Preis gibt. Wie gut, dass es diesen Preisträger gibt.

JOHANNES RAU
Dankesrede

Verehrte Festgäste!

1.

Gern bin ich zu Ihnen gekommen! Um mit Ihnen über die uns tragende und prägende Kraft des Bekenntnisses zu sprechen. Um über unseren Glauben zu sprechen, der von außerhalb der sichtbaren Welt kommt und so gar nichts Unsichtbares an sich zu haben braucht.

Die bisherigen Preisträger von Eberhard Jüngel über Helmut Simon, Gottfried Forck, Hans Küng, Karl Lehmann und Kurt Marti stehen dafür, dass die Macht des Bekenntnisses sich auch kraftvoll den Weg bahnen kann und zu Worte kommt. Mich in diese Runde einzureihen ist eine große Ehre, für die ich der Union Evangelischer Kirchen sehr danke.

2.

Albert Camus hat gesagt: „Unsere heutige Welt erwartet von den Christen, dass sie auch künftig Christen bleiben.“ Darin sehe ich eine Herausforderung beschrieben, die nicht nur in der Kirche gilt: Im Bekenntnis geht es darum, die Orientierung an einem Lebensprojekt festzuhalten und es mit anderen teilen zu wollen. Es geht darum, seine Vorstellungen so mit denen anderer zu verbinden, dass daraus Gutes entstehen kann.

Und je verschwommener die eigenen Vorstellungen, die eigenen Lebensprojekte sind, desto schwerer fällt eine solche Verständigung.

In diesem Sinne verstehe ich das Bekenntnis des Einzelnen und seiner Gemeinschaft als eine aktive Überwindung eines tatenlosen und damit wirkungslosen Glaubens. Bekenntnis ruft nach Praxis, nach menschenfreundlichen Projekten, nach dem eigenen Handeln.

3.

Die Barmer Thesen sagen: Nichts und niemand, keine Machthaber und keine Ideologien können und dürfen die Wahrheit des Evangeliums verschleiern oder

für ihre Zwecke vereinnahmen. Mit dieser Wahrheit ist die unbedingte Zuwendung des Schöpfers zu allen Menschen gemeint – ungeachtet ihres Herkommens und Standes, ihrer Religion und ihrer Sprache, ihrer Überzeugungen und Ziele. Alle werden ohne Unterschied in seine Ordnung des Friedens gerufen.

4.

Durch das Wort Gottes ist dem Staat in dieser Ordnung sein Platz zugewiesen: die Sorge für Recht und Frieden, an die ihn die Kirche immer wieder erinnern muss. Die Barmer Theologische Erklärung sieht gerade den säkularen Staat im Wort Gottes begründet und befürwortet die positive weltanschauliche Neutralität des Staates. Eine Überhöhung des Staates dagegen, die ihn zur ‚einzigsten und totalen Ordnung menschlichen Lebens‘ machen würde, lehnen die Thesen ausdrücklich ab. Dies gilt auch dann, wenn die Wirtschaft zur einzigen und totalen Ordnung menschlichen Leben erklärt oder faktisch so behandelt wird.

5.

Der Ort, an dem man sich 1934 versammelte, liegt Luftlinie etwa drei Kilometer vom Konzentrationslager Kemna, zwischen Beyenburg und Oberbarmen. Das KZ bestand seit Juli 1933. Seither ging in Wuppertal die düstere Redensart um: Pass auf, sonst kommst du in die Kemna! Im Januar 1934 waren nach einem halben Jahr die Insassen in andere Konzentrationslager verbracht worden.

Die in Barmen Versammelten haben dazu keine Worte gefunden. Weil es sich zunächst nur um politische Gefangene, Arbeiter, Kommunisten und politische Dissidenten handelte?

1986 hat Eberhard Bethge dieses Defizit benannt: Die fehlende siebente These. Nachdem Barth aus Bethges Bonhoeffer-Biographie gelernt hatte, wie deutlich dieser bereits 1933 das Eintreten für die Juden zur unausweichlichen Pflicht der Kirche hat machen wollen, schrieb er postwendend an ihn: „Ich empfinde es längst als Schuld meinerseits, das ich sie (die Judenfrage) im Kirchenkampf jedenfalls öffentlich nicht ebenfalls als entscheidend geltend gemacht habe.“

Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Bekenntnistext, der sich nicht ausdrücklich gegen die einsetzende Judenverfolgung gerichtet hat, ist legitim. Die Kirche als Ganze ist in Barmen eine entsprechend klare Aussage schuldig geblieben.

6.

Angesichts des strikten Reiseverbotes für Barth hätte er nach Rechtslage nicht an der Barmer Synode teilnehmen dürfen. Er übertritt dieses Verbot, teilt dem Rektor der Universität Bonn schriftlich seine Gründe mit und reist illegal nach Barmen.

Ohne diesen Akt des zivilen Ungehorsams wäre Barth nicht in Barmen gewesen und die ganze Geschichte hätte wohl einen anderen Verlauf genommen.

Auch angesichts der Unterschiede in den konfessionellen Strukturen und politischen Überzeugungen ist es immer wieder eine Überraschung zu sehen, dass Lutheraner, Unierte und Reformierte gemeinsam diese Erklärung beschlossen haben. Ohne Barmen ist die Leuenberger Konkordie von 1974 mit ihrer Aufhebung der kirchentrennenden Sätze des 16. Jahrhunderts nicht denkbar.

„Mit einer starken Tasse Kaffee und 1–2 Zigarren versehen“, erinnert sich Karl Barth, „machte ich mich an die Arbeit, während die anderen ihre Mittagsruhe hielten“. 1934, im Hotel „Basler Hof“ in Frankfurt entstand auf einem Treffen der Theologen Barth, Thomas Breit und Hans Asmussen die Vorlage zur „Barmer Theologischen Erklärung“, die am 31. Mai 1934 von der ersten Generalsynode der Bekennenden Kirche verabschiedet wurde. Seine Handschrift war deutlich erkennbar: Barth hat als geistiger Vater diesem Zeugnis engagierten Christseins, das neben den altkirchlichen und reformatorischen Bekenntnissen die Grundlage protestantischen Glaubens bildet, seinen Stempel aufgedrückt. Doch er hat mit der Barmer Erklärung ein Dokument zeitlosen Anspruchs geschaffen.

7.

In ihren Grundzügen kann man die Barmer Theologische Erklärung als ein ökumenisches Dokument begreifen. Nicht von ungefähr sind zwischen den Barmer Thesen und der Enzyklika „Mit brennender Sorge“ vom 14. März 1937, in der Papst Pius XI. deutliche Worte zur Situation der römisch-katholischen Kirche in Deutschland sprach, inhaltliche Parallelen und Bezüge zu finden. Jesus Christus, das eine Wort Gottes, die Befreiung der Kirche aus den gottlosen Bindungen der Welt und die Verantwortung der Regierenden: trotz der spezifisch theologischen Unterschiede teilen beide Erklärungen im Kern ihre Grundaussagen.

„An dem Anspruch Jesu Christi kommt niemand vorbei. Das Fundament der Kirche ist kein Prinzip oder eine Formel zur Erklärung der Welt, sondern die Person Jesus Christus.“

Dem Anspruch Jesu Christi, das eine Wort Gottes zu sein, „das wir hören, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben“ (Barmen 1) begegnet heute eine religiöse Vielfalt, in der Ansätze unterschiedlichster Traditionen vermischt werden. Aber an dem Anspruch Jesu Christi kommt niemand vorbei. Das Fundament der Kirche ist kein Prinzip oder eine Formel zur Erklärung der Welt, sondern die Person Jesus Christus. Diesen konsequenten Christenglauben betont die päpstliche Enzyklika von 1937 ebenso wie später Texte des Zweiten Vatikanischen Konzils. Es war dieses unmissverständliche Bekenntnis zu Christus als dem von Gott offenbarten Wort Gottes, das auch den Theologen Karl Barth bewog, sich eindeutig und klar gegen Ansprüche zu wehren, „in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu eigen wären, Bereiche, in denen wir nicht der Rechtfertigung und Heiligung durch ihn bedürften“, wie es in der zweiten These heißt.

8.

Christen sollten ihres eigenen Glaubens gewiss sein. Sonst kann kein Dialog gelingen, nicht der Dialog zwischen den Konfessionen und erst recht nicht der Dialog mit anderen Religionen. Christliche Identität und Toleranz sind kein Widerspruch.

Vielleicht scheitern manche interkonfessionelle und interreligiöse Gespräche gerade daran, sich seines eigenen Rückgrates zu unsicher geworden zu sein, weil Begriffe wie Christusbekenntnis und Mission als störend empfunden werden. Christliche Identität und Toleranz sind kein Widerspruch, daran will auch die Forderung der Barmer Erklärung nichts ändern, die freie Gnade Gottes allen Menschen mitzuteilen.

9.

Dazu gehört, sich für einen Staat einzusetzen, in dem Religionsfreiheit selbstverständlich ist. War es damals der Angriff einer verblendeten, auch den christlichen Glauben vereinnahmenden Ideologie, so steht die Kirche heute vor der Herausforderung des Laizismus, der immer stärker an die deutschen Türen pocht. Wie sichern die Christen die Religionsfreiheit, in der Schule und generell in der Öffentlichkeit? Das wird die Frage der nächsten Jahre sein. Auf gesellschaftliche Anforderungen können die Kirchen nur in ökumenischem Geist antworten. In Fragen des Lebensschutzes, der Bioethik, der Umweltpolitik und in Sachen Europa passt zwischen Katholiken und Protestanten kaum mehr ein Stück Papier. Dass sich kein Staat zum Selbstzweck erheben darf, auch Prinzipien der Wirtschaft nicht, darin sind sich die Kirchen – ganz im Geiste der Barmer Erklärung – einig. Sich auf solche gemeinsame Grundlagen und Bekenntnisse zu berufen, wird den ökumenischen Prozess mehr befördern, als auf theologische Unterschiede zu starren. Dass selbst 70 Jahre alte Bekenntnisse die für alle Kirchen aktuell anstehenden Aufgaben beschreiben, zeigt, wie nah wir uns schon immer waren.

10.

Ein solches Bekenntnis trägt immer auch parteiische Züge. Das Evangelium sagt deutlich und klar, dass die Armen selig seien, dass die Reichen sich bescheiden mögen, dass die Habenden den Nicht-habenden abgeben sollen. Daran ist nicht zu deuteln. Es widerspricht damit der weithin herrschenden Gewohnheit des goldenen Mittelweges, der pragmatischen Anpassung und einem stets kompromissbereiten Konformismus. Wer so handelt, der mag es allenthalben in der Politik leichter haben – recht christlich ist das bei genauerem Hinsehen nicht.

Für mich ist noch jeder Katholikentag und jeder Kirchentag ein Kontrapunkt zu der These gewesen, dass Religion Privatsache sei. Katholikentage und Kirchentage, und natürlich auch der Ökumenische Kirchentag, bekunden den Glauben der Menschen als öffentliche Angelegenheit.

Sie stehen damit im Widerspruch zu einem merkwürdigen Phänomen unserer Mediengesellschaft: Auf der einen Seite findet ganz Privates, ja Intimstes vor laufender Kamera statt. Auf der anderen Seite werden wirklich wichtige Angelegenheiten, die unsere Gesellschaft als Ganzes betreffen, ins Private abgedrängt.

Wertentscheidungen, Wertmaßstäbe und Lebensorientierung werden zu Privatangelegenheiten gemacht, in die sich niemand einmischen soll. Sogar die Fragen vom Anfang und vom Ende des Lebens sollen – so sagen viele – allein Sache der persönlichen Entscheidung sein.

Mir macht diese Entwicklung Sorge. Es stimmt, es ist richtig, dass persönliche Freiheit ein hohes Gut ist. Keine Gesellschaft kann aber dauerhaft auf einen verbindenden und verbindlichen Wertekonsens verzichten.

Mit dem Privatfernsehen, das auf der Jagd nach der höchsten Quote auch häufig beim kleinsten gemeinsamen Nenner endet, können wir leben – auch wenn es manchmal wehtut – mit einer Minimal-Ethik können wir das nicht. Hier müssen die Kirchen Fehlentwicklungen zum öffentlichen Thema machen und Maßstäbe setzen.

11.

In der Ersten Deutschen Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche 1848 wurde die Kirche als „Hemmschuh der Zivilisation“ gescholten, die abgeschafft gehöre. Diese Stimmen haben sich nicht durchgesetzt. Da wurde vielmehr der Grundstein für etwas gelegt, was Wolfgang Huber einmal „aufgeklärte Säkularität“ genannt hat.

Der säkulare Staat ist entstanden in der Auseinandersetzung mit den Kirchen als bestimmender Kraft auch gegenüber staatlichem Handeln. Aufgeklärte Säkularität bedeutet, dass der säkulare Staat zu den Freiheiten, die er sichert, auch die Religionsfreiheit zählt. Das ist das Gegenteil eines christlichen oder auch eines quasireligiösen Staates.

Nur der säkulare Staat kann Religionsfreiheit garantieren. Dazu gehört der öffentliche Charakter der Religion und das Recht der Kirchen und Glaubensgemeinschaften, öffentlich zu wirken, öffentliche Diskurse über rechte und unrechte Optionen und Wege zu betreiben.

12.

Um die Moralität zu fördern, um dem rechten ethischen Verhalten zum Gelingen zu verhelfen, reichen moralische Appelle indes nicht aus.

Der Staat muss im Sinne Kants insofern ein starker Staat sein, als seine republikanische Verfassung stark sein muss. Nur wenn die republikanische Verfassung wirklich Geltung hat und institutionell abgesichert ist, können Friede und Recht wirksam geschützt werden.

Wir erleben, dass viele traditionsreiche Institutionen und Strukturen geschwächt sind oder in Auflösung begriffen erscheinen.

Ich sehe nicht den Staat in Gefahr. Aber wir müssen uns über bestimmte Entwicklungen, die historisch neu sind, deutlicher als bisher klar werden. Nur dann können wir sie auch beeinflussen. Nur dann wird nicht über uns entschieden, sondern wir entscheiden selber. Das war das Programm der Aufklärung damals, und das muss es auch heute sein.

13.

Was sind die neuen Herausforderungen?

Frühere Staatsphilosophien konnten davon ausgehen, dass Staaten die Organisation mehr oder weniger homogener Gesellschaften sind.

Einerseits waren die Gesellschaften von einer einheitlichen Kultur geprägt. Das umfasste die Religion, wenn nicht, wie im Westfälischen Frieden gefordert, sogar die Konfession.

Andererseits beruht der nationalstaatliche Gedanke auch auf festen äußeren Grenzen und der Souveränität gegenüber anderen oder gegen andere Staaten.

All diese Faktoren gelten heute so nicht mehr. Ich nenne nur einige Veränderungen:

In unserem Staat leben Menschen zusammen, die von unterschiedlichen Kulturen geprägt sind. Millionen von Menschen sind aus anderen Kulturkreisen zugewandert. Viele bekennen sich zum Islam, der bei uns in Deutschland zu einer millionenfach praktizierten Religion geworden ist.

Dazu kommt, dass auch in der Mehrheitsbevölkerung große kulturelle Veränderungen stattgefunden haben.

Die religiösen Bindungen sind schwächer geworden, in vielen großen Städten in Deutschland gehört nur noch eine Minderheit einer christlichen Kirche an.

Die Mobilität hat die Familien, auch wenn die inneren Bande durchaus immer noch stark sind, oft weit auseinandergeführt.

Die emotionale Bindung an Orte, an das, was man Heimat nennt, ist schwächer geworden.

Man kann sagen: Natürliche Wärmekreise, zu denen die Menschen sich wie selbstverständlich zugehörig fühlen, werden zunehmend ersetzt durch selbstgewählte Kreise und Bindungen, die bei Bedarf oder bei Notwendigkeit aufgelöst und durch neue ersetzt werden.

14.

Der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit, das große Programm der Aufklärung, hat nicht zuletzt in Verbindung mit dem einmalig großen gesellschaftlichen Reichtum zu einer starken Betonung von Individualität und Unabhängigkeit geführt.

Die Menschen, die nach Kant lernen sollten, „sich ihres eigenen Verstandes ohne Anleitung anderer zu bedienen“, haben zum Teil auch lernen müssen, ihr eigenes Leben weitgehend allein zu leben.

Wenn man diese Tendenzen in einem Stichwort zusammenfassen will, kann man sagen: die Individualisierung ist in vielfältiger Weise das herausragende psychosoziale Kennzeichen der letzten Jahrzehnte gewesen.

15.

Dieser Individualisierung steht auf der politischen, ökonomischen und vor allem auf der informationstechnischen Ebene das herausragende Kennzeichen der letzten zehn Jahre gegenüber: das der Globalisierung.

Nachrichten gehen fast zeitgleich mit dem berichteten Ereignis um die Welt. Per Internet und E-Mail ist potentiell jeder mit jedem ständig verbunden.

Die europäische Einigung ist schon jetzt so weit gediehen, dass immer mehr Entscheidungen längst nicht mehr in Berlin oder Bonn getroffen werden, sondern in Brüssel.

Wir erleben eine Welle von Fusionen und Übernahmen bei großen Unternehmen. Der Glaube, der Größte sein oder zumindest zum Größten gehören zu müssen, ist offensichtlich unstillbar.

Diese Globalisierung hat ganz sicher eine Menge von Vorteilen gebracht, besonders auf ökonomischem Gebiet und für die weltweite Kommunikation. Aber sind dadurch die Menschen wirklich näher zusammengedrückt, sind sie sich näher gekommen? Empfindet sich die Menschheit wirklich als globales Dorf?

16.

Beide Phänomene, Individualisierung und Globalisierung – so gegensätzlich sie auf den ersten Blick sind –, führen oft zu Konsequenzen, die ich für bedenklich halte: Sie forcieren Tendenzen zu Absonderung, zu Separation, wie wir sie vielerorts beobachten können.

Absonderungstendenzen gibt es auch innerhalb unserer Gesellschaft. Während wir über ein Jahrzehnt über die multikulturelle Gesellschaft geredet haben, hat sich faktisch in vielen Fällen das Gegenteil entwickelt:

Es gibt Türken der dritten Generation, die schlechter Deutsch sprechen als ihre Eltern.

An manchen Orten entstehen Gemeinschaften und Einrichtungen mit der Absicht, „unter sich“ zu bleiben.

Statt sich in der Freizeit zu begegnen, etwa in Diskotheken oder Sportvereinen, gehen sich Deutsche und Türken gerade hier in vielen Fällen aus dem Weg.

Verstehen Sie mich bitte richtig: Ich sage das nicht in kulturpessimistischer Absicht, ich mache nur eine nüchterne Bestandsaufnahme dessen, womit wir praktisch und politisch umgehen müssen. Diese Bestandsaufnahme brauchen wir, damit wir keine auf Illusionen aufgebaute, unrealistische Politik betreiben.

17.

Wir müssen dringend gemeinsam neue Wege suchen, damit wir die Irrwege hin zu Abschottung, Ausgrenzung und Separation verlassen.

Das Problem, das ich auf uns zukommen sehe, möchte ich mit der Frage ausdrücken: Wie stark ist die innere Bindung der Menschen heute an ein Gemeinsames, das alle verbindet? Für wie verbindlich wird das Recht gehalten, das für alle gelten soll? Wie stark ist die Verfassung mit ihren Werten wirklich in allen verankert?

Demokratie funktioniert nach dem Mehrheitsprinzip. Dieses Mehrheitsprinzip funktioniert aber nur, wenn Mehrheit und Minderheit, trotz unterschiedlicher Auffassungen, eine gemeinsame Sache haben.

Wenn es daran fehlt, dann kann es dazu kommen, dass die Mehrheit die Minderheit unterdrückt – oder die Minderheit sich an ganz andere Werte gebunden fühlt und zumindest innerlich aus der gemeinsamen Sache aussteigt, das System als ganzes nicht mehr akzeptiert.

Wir brauchen nicht nur ein intaktes und gerechtes Gemeinwesen.

Wir brauchen nicht nur Institutionen, die dem Recht und der Gerechtigkeit verpflichtet sind.

Wir brauchen neben der rationalen auch die emotionale Bindung der Menschen an die Einrichtungen des Gemeinwesens, die Recht, Freiheit und Gerechtigkeit sichern.

18.

Kirchen und Religionsgemeinschaften mischen sich nach ihrem eigenen Anspruch auch in die öffentlichen Angelegenheiten ein. Sie suchen – nach dem Prophetenwort – „der Stadt Bestes“.

Was haben uns die Kirchen in Staat und Gesellschaft heute also zu sagen? Handelt es sich nur – wie ich das neulich einmal gelesen habe – um Funktionärsvereine ohne Unterbau? Sind es Gruppen, die im Mantel der Nächstenliebe eigene Privilegien und überkommene Rechte verteidigen?

Kirchen und Glaubensgemeinschaften begleiten die Menschen vor allem an den Übergängen des Lebens. Die Kirchen sind dann gefragt, wenn es darum geht, den Schwachen Hilfe und den Stummen eine Stimme zu geben.

Diakonie und Caritas sind keine Ersatzhandlungen für Gottesdienst und Liturgie, sondern zentraler Ausdruck kirchlichen Handelns in der Welt. Die Kirchen sollten in sich in ihrem eigenen Interesse aber nicht darauf beschränken oder beschränken lassen, nur Retter in der Krise und in der Not zu sein.

19.

Ich weiß, dass es auch für die Kirchen nicht leicht ist, ihren Ort in unserer sich ständig verändernden Gesellschaft zu bestimmen. Mir steht es wahrlich nicht zu,

ihnen ihren Ort zuzuweisen. Ich weiß aber, dass eine Kirche, die die Orientierungslosigkeit der Gesellschaft nur noch einmal verdoppelt, sich selber überflüssig macht. Eine Kirche, die glaubte, auf jedem Gebiet kompetenter zu sein als die jeweils Zuständigen, die dürfte sich nicht wundern, wenn sie eines Tages auch in den Fragen nicht mehr ernst genommen würde, auf die sie wirklich tragfähige Antworten hat.

Ich habe immer wieder erlebt, dass kirchliches Bekenntnis und Engagement Menschen mit einer anderen Perspektive, mit etwas „ganz Anderem“ konfrontieren kann. Zu vieles, was Staat und Gesellschaft bewegt oder bewegen soll, kommt heute als Allerletztes und Allerwichtigstes daher. Die Kirchen und Religionsgemeinschaften sollten daran erinnern – und sie können es auch – dass sich die meisten unserer Debatten um vorletzte Dinge drehen, die freilich für den Einzelnen und für unsere ganze Gesellschaft große Bedeutung haben können.

20.

Jürgen Habermas hat in seiner viel beachteten Rede zur Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 2001 über die Bedeutung der Religion in unserer „postsäkularen“ Gesellschaft gesprochen.

Die Gesellschaft, so mahnte er, dürfe sich nicht „von wichtigen Ressourcen der Sinnstiftung“ abschneiden. Sie müsse ein „Gespür für die Artikulationskraft religiöser Sprachen“ bewahren – auch in scheinbar rein wissenschaftlichen und rationalen Debatten. Denn, so sagt er, die „Grenze zwischen säkularen und religiösen Gründen“ sei „ohnehin fließend“. Die Festlegung dieser Grenze sei eine „kooperative Aufgabe“, die „von beiden Seiten fordert, auch die Perspektive des jeweils anderen einzunehmen“.

Das sagt ein Mann, der sich selber einmal als „religiös unmusikalisch“ charakterisiert hat. Er rät aber dazu, für moralische Empfindungen, für Werte, die in der christlichen Tradition begründet sind, „Übersetzungen“ zu finden, die diese Herkunft nicht verleugnen. Die Übersetzung, so Habermas, müsse für all jene verständlich sein, die die mit der Herkunft verbundene Glaubenswahrheit nicht teilen. Nur so entstehe eine „Säkularisierung, die nicht vernichtet“.

21.

Wäre die Freiheit des Menschen wirklich größer ohne den Bezug auf etwas Unverfügbares? Die Geschichte hat es gezeigt, auch die Bibel sagt es uns und viele Mythen und Sagen und ungezählte literarische Text erzählen uns davon: Es geht nicht gut aus, wenn der Mensch sich selber für allmächtig hält oder glaubt, er müsse allmächtig werden.

Für Christen ist nicht jede Vorstellung von Transzendenz und jedes Gottesbild gleich gültig. Im ökumenischen Dialog, erst recht aber in der pluralen Gesellschaft

müssen sie aber lernen, mit Menschen zusammen zu leben, die ganz andere Überzeugungen und Lebensentwürfe haben als sie selber.

Uns ist zu wenig bewusst, was für eine große zivilisatorische Leistung es ist, zu akzeptieren, dass Menschen, die Nachbarn sind, ganz Unterschiedliches für wahr halten und auch manches tun, was der jeweils andere für unbegreiflich hält.

Solange das auf dem Boden des Grundgesetzes geschieht, so lange nicht die Glaubens- und Handlungsfreiheit Anderer berührt wird, müssen wir das nicht nur respektieren, sondern gegen jeden Angriff verteidigen.

Das ist eine anstrengende und eine zugleich spannende Aufgabe. Niemand muss dabei seine Überzeugungen verleugnen. Vielleicht war das lange Zeit ein gefährliches Missverständnis. Manchmal herrschte der Eindruck, Toleranz und Respekt bedeuteten auch, andere Glaubenswahrheiten und Überzeugungen nicht nur zu achten, sondern sie als genauso richtig wie die eigenen anerkennen zu müssen. Das ist ein Irrtum.

Genauso falsch ist aber die Haltung, dass es den Anderen mit seiner Auffassung gar nicht geben dürfe. Wer so denkt, ist zu wirklichem Dialog unfähig.

22.

Der freiheitliche Staat des Grundgesetzes schützt die Glaubensfreiheit jedes einzelnen und garantiert das friedliche Zusammenleben aller. Unser Grundgesetz schützt die Freiheit des Glaubens und der Religion aller Menschen in Deutschland, ganz gleich ob sie Christen, Muslime, Juden oder Buddhisten sind.

Für sie alle gilt aber auch: Niemand hat in unserem Land das Recht, unter Berufung auf seinen Glauben die in unserem Grundgesetz garantierten Menschenrechte und Bürgerrechte zu verletzen.

23.

Die christlichen Kirchen haben in Grundfragen menschlicher Existenz von jeher Maßstäbe gesetzt – auch wenn ihre Geschichte zeigt, dass sie ihren eigenen Maßstäben oft selber nicht gerecht geworden sind.

Anders als die politischen Parteien sollte keine Kirche und keine Religionsgemeinschaft in erster Linie darauf schauen, ob sie Mehrheit oder Minderheit ist. Es ist kein Glaubensziel, möglichst viele zu sein. Der „mutige Rest“ zu sein, ist freilich auch kein Wert an sich. Darum haben wir diese Spannung auszuhalten: „Kommet her zu mir alle“ und „Fürchte Dich nicht, Du kleine Herde“. – Eine Religionsgemeinschaft sollte keine geschlossene Gesellschaft sein mit möglichst wenigen, dafür aber vortrefflichen Mitgliedern.

In modernen Staaten können Kirchen und Religionsgemeinschaften nur dann sinnvoll zu einer Kultur des Dialogs beitragen, wenn die Neutralität des freiheitlichen Staates den Weltanschauungen gegenüber nicht verwechselt wird mit einer Neutralität der Gesellschaft gegenüber diesen Fragen.

Der weltanschaulich neutrale Staat ist auf Überzeugungen angewiesen, die in verschiedenen und unterscheidbaren Gemeinschaften gelebt werden, die Wertorientierung haben und geben wollen. Dazu gehören Kirchen und Religionsgemeinschaften. Ohne sie wäre unsere Gesellschaft konturloser, als ihr das gut täte. Sie wäre – im Wortsinn – unbegreiflich.

24.

Gerechtigkeit und Solidarität, Freiheit und Toleranz – das sind Werte, die wir nicht schon deshalb besitzen, weil sie in einer Verfassung verankert sind. Die Kirchen sind nicht die einzigen, die zu diesen Themen etwas beitragen – aber sie haben aus christlicher Perspektive etwas Besonderes dazu zu sagen.

Im Blick auf die Zukunftsfragen unserer Gesellschaft stehen die Kirchen im Wettbewerb der Argumente wie andere Glaubensgemeinschaften oder nicht-christliche Gruppen. Ich bin überzeugt davon, dass sie in diesem Wettbewerb bessere Ausgangsbedingungen haben als viele andere, denn sie können sich auf Werte und Maßstäbe berufen, die über den Tag und über die Konjunkturlage hinaus reichen. Die Kirchen sind keine Parteien, aber sie können und sie sollen Partei ergreifen – für ihre Wertvorstellungen.

25.

Die Kirchen machen keine Politik – sie sollten jedenfalls der Versuchung widerstehen – aber sie können Wegweiser aufstellen, an denen sich die Politik orientieren kann. Davon profitieren nicht nur Christen. So verstanden ist Einmischung ein Gewinn für die gesamte Gesellschaft.

Das kann man fröhlich und unbefangen tun, wenn man bei der Eröffnung des Ökumenischen Kirchentages den Satz im Sinn hat, den Gustav Heinemann 1950 zum Abschluss des ersten evangelischen Kirchentages gesagt hat: „Wenn Euch die Welt furchtsam machen will, dann denkt daran und antwortet ihr: Eure Herren gehen, unser Herr aber kommt.“